

Glaubenskampf um den Handelshafen

CDU, SPD, FDP und Grüne beschließen Fünfjahresfrist / SSW beklagt „Tod auf Raten“ / Grünes Licht für vorzeitigen Umbau der Silos

FLENSBURG Im Frühjahr 2020 könnte der alte Stadtspeicher nach Umbau und Sanierung mit neuer Nutzung eröffnet werden. Moderne Büros könnten hier untergebracht werden, vielleicht Gastronomie. Zur Innenstadt hin könnte das Gebäude mit einem riesigen Panoramafenster geöffnet werden.

Frühjahr 2020 – das ist die grobe Zeitplanung von Torsten Koch, der mit seinem Unternehmen Bauplan Nord den alten Speicher in direkter Nachbarschaft des Yachtmuseums zeitnah in Angriff nehmen möchte. Koch war am Donnerstag einer der wenigen Zuhörer in der Ratsversammlung, die die emotionale, intensive Debatte zur Hafen-Zukunft bis zum Ende verfolgten. Da gab es eine klare Mehrheit zum weiteren Vorgehen am Hafen – was aus Sicht der Nein-Sager dem langsamen Tod des Wirtschaftshafens gleich kommt.

Wie sich der Hafen im Bereich der alten Silos und Speicher und bis zur Harniskaispitze hin verändern wird, steht noch nicht fest. Ideen gibt es viele, es wird Wohnungen, womöglich Gewerbe, eine Promenade, Gehwege, Radwege geben. Einige träumen von einer Brücke über den Industriehafen. Ein städtebaulicher Wettbewerb soll die besten Vorschläge und Konzepte generieren. Sicher ist: Die alten Silos bleiben, sie stehen unter Denkmalschutz. Für sie gibt es konkrete Vorschläge privater Investoren, darunter Torsten Koch. Und die kommen nach dem Ratsbeschluss zum Zuge, bevor der Wettbewerb, der noch nicht einmal ausgeschrieben ist, abge-



„Ziel ist es nicht, den Hafen in fünf Jahren aufzugeben.“

Susanne Rode-Kuhlig, FDP Ratsfrau

schlossen ist. Betroffen ist der große, heterogene Komplex aus Beton- und Backsteinspeicher (siehe Foto), der Stadtspeicher (teilweise zu sehen hinter dem roten Segler) und der Hübschspeicher an der Harniskaispitze.

Doch was wird aus dem Handelshafen – für viele immer noch Herz und Seele des Hafens? „Der taumelt seit Jahren in die Bedeutungslosigkeit“, sagt Axel Kohrt (SPD). „Der muss auch in hundert Jahren noch da sein“, fordert hingegen Erika Vollmer (WiF). „Natürlich ist das hier auch eine Glaubensfrage“, versucht Edgar Möller (SSW) zu vermitteln. Die eine Seite glaubt, dass der Handelshafen unter allen Umständen, bei weiter einbrechenden Umschlagszahlen und steigenden Defiziten der Hafen-GmbH, erhalten werden muss, und zwar am Ost-



Hier Museumshafen, dort Industriedenkmäler im Verfall: Der Rat fasst einen wichtigen Beschluss zum Hafen-Ostufer (hinten). STAUDT

ufer. Die anderen, die die Mehrheit haben, wollen ihm noch fünf Jahre gewähren und bis dahin über seine Zukunft entscheiden. Aber – sie können sich auch einen Hafen ohne Handelsschiffahrt vorstellen oder deren Rest ans Westufer zu den Stadtwerken verlagern. Die SPD bringt auch gern eine Kooperation mit Apenrade ins Spiel, wo es einengut zu erreichenden Hafen mit tiefem Wasser gibt.

„Ziel ist es nicht, den Hafen in fünf Jahren aufzugeben“, stellt Susanne Rode-Kuhlig (FDP) klar, die mit CDU und SPD die Fünf-Jahres-Frist beantragt hat, während der SSW eine Bestandsgarantie bis 2032 fordert. Es sei jedoch wichtig, bei den weiteren Entwicklungen ein gewisses Maß an Flexibilität zu erhalten.

Ein düsteres Szenario zeichnete Glenn Dierking (SSW). Der Fünfjahresplan komme einer „Beerdigung zweiter Klasse“ gleich. Das sei „Salamitaktik“, eine „Patchwork-Vermarktung“ der wertvollen Hafenflächen und ein „Tod auf Raten“. Man hätte den Italiener im Yachtmuseum nie genehmigen dürfen; das sei ein

„Sündenfall“ gewesen. Wenn sich heute bereits Essensgäste über Flugsand auf der Pizza beschwerten, sei es nicht weit bis zu einer Beschränkung der Ladetätigkeiten. In diese Richtung gehe auch die Kritik der IHK, so Dierking. Der aktuelle Beschluss gefährde Jobs am Hafen.

Wichtig für die Stadt ist jetzt, dass das Land das Hafen-Ostufer als Fördergebiet anerkennt. Dann können für be-

stimmte Maßnahmen – zum Beispiel den Wettbewerb – Fördergelder beantragt werden. Die Chancen stehen nicht schlecht. Die Stadt verhandelt mit dem Land über die Grenzen eines künftigen Sanierungsgebietes. Bedingung für eine Förderung ist auch, dass die Stadt ganzheitlich und nicht stückweise plant. Ausnahme sind die denkmalgeschützten Speicher.

Joachim Pohl

Das sagen andere zum Hafen: s. unten

